

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebküchler u. der Arbeiterdiast in der Süßwaren-, Keks-, Marmeladen- u. Teigwarenindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt un-
entgeltlich. Abonnement pro Quartal 6 Mk.

Er erscheint jeden Mittwoch
Redaktionschluss Sonnabend nachm. 3 Uhr

Insertionspreis pro festgespaltene Non-
pareillezeile 1 Mark, für Zahlstellen 50 Pfg.

Vor der Entscheidung.

A. L. Am 9. Oktober werden die Verbandsmitglieder über die Errichtung eines Industrieverbandes in der Lebens- und Genussmittelindustrie entscheiden.

Der Gedanke über die Schaffung eines Verbandes für die Beschäftigten in der Lebens- und Genussmittelindustrie ist nicht neu. Seit dem Bestehen der Berufsorganisationen in dieser Industriebranche wurde diese Frage mit mehr oder weniger Leidenschaft in Wort und Schrift behandelt. Das Ergebnis zeitigte in allen Stadien eine grundsätzliche Befürwortung. Und dennoch ist bis zur Stunde der Zusammenschluß noch nicht erfolgt. Nach der Revolution wurde erneut der Gedanke aufgegriffen. In unserer Organisation auf einer Konferenz des Beirates und der Bezirksleiter am 21. Oktober 1919 durch die Annahme eines Antrages, der in seinem Schlußsatz den Verbandsvorstand beauftragte, zu diesem Zweck baldmöglichst mit den Vorständen der gesamten Lebens- und Genussmittelbranche in Verbindung zu treten. Das gleiche Ziel verfolgten die Verbände der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Fleischer und Berufsgenossen. In den übrigen Verbänden der Tabakarbeiter, Gastwirtsgehilfen und Böttcher war und ist bis zur Stunde keine Neigung für den Industrieverband vorhanden. Der Verbandsvorstand konnte somit den ihm übermittelten Antrag nicht zur Ausführung bringen.

Die auf dem Verbandstag eingesetzte Kommission mußte daher den ihr übergebenen Auftrag auf die Inverbindung-tretung mit den Verbänden der Brauerei- und Mühlenarbeiter und der Fleischer und Berufsgenossen beschränken. Die geleistete Arbeit wurde vor längerer Zeit den Mitgliedern unterbreitet. Nach der einschlägigen Polemik scheint darüber eine große Enttäuschung Platz gegriffen zu haben und heute wird der Zusammenschluß dieser 3 Verbände mit andern Augen angesehen als in der ersten Auf-wahlung nach der Revolution. Das ist verständlich. Leider vergessen die an den Arbeiten der Einundzwanzigerkommission Kritik übenden Kollegen die überaus großen in der Sache selbst liegenden Schwierigkeiten, die der Schaffung der Richtlinien und des Satzungsentwurfs entgegenstanden. Sie vermuten, nur der persönlichen Ränke wegen seitens der leitenden Personen seien die Arbeiten so fehlerhaft ausgefallen.

Die Errichtung einer gemeinsamen Organisation aller Beschäftigten in einer Industrie muß, wenn sie lebensfähig sein will, die gegenseitige Interessengemeinschaft aller Berufsgruppen zueinander voraussetzen. Das zeigen uns alle bestehenden Industrieverbände. Dort aber, wo die Interessengemeinschaft nicht besteht, ist auch die Errichtung des Industrieverbandes gescheitert und keine künstlichen Mittel konnten die gewünschte neue Organisationsform fördern. Ist nun diese Voraussetzung bei dem Zusammenschluß der Verbände der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Fleischer und Berufsgenossen, Bäcker, Konditoren und den Beschäftigten in der Teig- und Süßwarenindustrie vorhanden? Kein Mensch wird den Mut haben, diese Frage mit Ja zu beantworten. Jede Berufsgruppe ist mit ihren Eigenarten für sich abgeschlossen. Nirgends finden wir zwischen Bäckern und Fleischern, Brauern und Konditoren Berührungspunkte, weder in wirtschaftlicher Beziehung noch in den inneren Betrieben. Die wirtschaftliche Struktur zeigt nicht die geringsten Ähnlichkeiten. Auf der einen Seite die modern entwickelten Großbetriebe, dort die kleinsten Handwerksbetriebe. Beide Betriebsformen bedingen in den gewerkschaftlichen Arbeiten eine andere Behandlung. Hier ist das Lehrlingswesen vorherrschend und demzufolge wird ihm die größte Aufmerk-

samkeit gewidmet; dort der Großbetrieb, der nur in beschwindend wenig Fällen mit Lehrlingen arbeitet. Dennoch keine unüberwindliche Schwierigkeiten. Der Industrieverband wird sich auf diese Eigenarten einstellen müssen, wenn er lebensfähig bleiben will. Diese Möglichkeit soll durch die zu schaffenden Reichssektionen erfolgen. Die Einheitsorganisation steht aber mehr voran: den innigen Konnex der einzelnen Berufszweige zueinander. Das Bindeglied fehlt. Es werden daher die einzelnen Branchengruppen auch nach der Errichtung des Industrieverbandes auf sich selbst angewiesen sein.

Wenn dennoch der Gedanke zur Errichtung eines Industrieverbandes erneut zur Lebendigkeit wurde, so nicht deshalb, weil eine neue Organisationsform von der großen Masse der Mitglieder stürmisch gefordert wird, sondern einzelne wenige Mitglieder in allen Verbänden sind mit dem langsamen Vormarsch der Gewerkschaften unzufrieden. Die große Masse steht teilnahmslos dieser Frage gegenüber. Der kleine Prozentsatz der Befürworter lebt in den Erwartungen, daß durch einen Industrieverband weit besser und wirkungsvoller als seither die wirtschaftlichen Forderungen gegenüber dem Unternehmertum vertreten werden können. Diese Auffassung zog sich wie ein roter Faden durch die Polemik in den letzten Wochen. Von keiner Seite wurde diesen trügerischen Hoffnungen entgegengetreten. Wir erachten es daher für unsere Pflicht, vor der Entscheidung diese überspannten Erwartungen näher zu untersuchen.

Der Zusammenschluß der 3 Verbände wird auf die arbeiterfeindliche Ideologie des Unternehmertums nicht den geringsten Einfluß ausüben. Die Tarifgegnerschaft der Bäckermeister wird nicht deshalb beseitigt, wenn wir mit den gut organisierten Brauern in einer Organisation sind. Sie wird aber dann bestimmt verschwinden, sobald die Bäckergehilfen geschlossen der gewerkschaftlichen Organisation angehören und sich nicht mehr von den Innungen im gelben Bunde leithammeln lassen. Die Gelegenheit ist allen in den Bäckereien Beschäftigten heute schon bei der bestehenden Organisationsform geboten. Daselbe trifft im gleichen Maße auf die Konditoren und die Beschäftigten in der Teig- und Süßwarenindustrie zu. Bei der letzteren Berufsgruppe ist der Organisationsgedanke so weit vorgeschritten, daß 90 % der gesamten Belegschaft Mitglieder unseres Verbandes sind. Die Erfolge sind auch nicht ausgeblieben und wir brauchen uns wahrlich mit unserm Reichstarifwerk nicht zu schämen. Anders wird es auch in Zukunft durch den Industrieverband nicht werden. Die gut organisierten Branchengruppen werden bei ihren wirtschaftlichen Kämpfen Fortschritte machen und überall dort, wo die gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit auf unfruchtbaren Boden fällt, werden wir zurückbleiben. Aber auch hierbei finden die Freunde der Verschmelzung ein Allheilmittel, den Sympathiestreit, mit dem die gut organisierten Branchen den zurückgebliebenen Berufen zu Hilfe eilen sollen. Der Gedanke ist sehr verführerisch, aber leider in der Praxis nicht zu verwirklichen. Eine Waffe, die bei der Anwendung bald schartig wird. Welchen Einfluß wollen die Fleischer durch einen Sympathiestreit bei dem Streik der Konditoren ausüben? Oder glauben die Bäcker, daß bei einem Bäckerstreik die Mühlenarbeiter durch den Generalaufruf zu Hilfe eilen können? Denken die Schokoladenarbeiter etwa, daß ihnen die Brauereiarbeiter bei einem allgemeinen Tarifkampf durch einen Sympathiestreit helfen können? Niemand wird daran glauben, um so verwunderlicher diese Ideen!

In diesem Zusammenhang wurden unsere Errungenschaften bedauerlicherweise so verkleinert, daß bei den Augenstehenden sich die Meinung durchsetzen könnte, wir hätten überhaupt noch nichts erreicht. Die Ergebnisse unserer wirtschaftlichen Kämpfe können sich mit denen aller Organisationen und größten Industrieverbände messen. Die durchschnittlichen Lohnerhöhungen stehen nicht hinter denen in andern Berufen. Der Tarifgedanke konnte sich in vielen rückständigen Unternehmernorganisationen Eingang verschaffen. Ferien und Bezahlung des Lohnes bei Krankheit sind tariflich geregelt. Warum dann die Verkleinerung unserer bedeutenden Errungenschaften? Vielleicht deshalb, um die Massen erst für den Industrieverband reif zu machen?

Die Satzungen haben keine Gegenliebe gefunden; Schuld daran sollte die Einundzwanzigerkommission sein, weil dort keine Wärme für den Industrieverband vorhanden ist. Vergessen wird, daß das Kompromißprodukt in der Sache selbst liegt. Gleichstarke Organisationen werden versuchen, von ihren bestehenden Einrichtungen das Beste für die neue Organisation zu behalten. Darum Berücksichtigung der bestehenden Gesetze in den 3 Organisationen. Bei der Urabstimmung gelten als Objekt der Satzungenentwurf und die Richtlinien. Die Zustimmung zu der Verschmelzung bedeutet gleichzeitig die Annahme der Richtlinien und des Satzungenentwurfes. Es ist daher falsch, wenn sich unsere Mitglieder der Hoffnung hingeben, daß sich der Gründungsverbandstag der neuen Organisation zu bedeutenden Änderungen über den Aufbau der Organisation (Gliederung in Reichssektionen), die Beitragsfestsetzung, Unterstützungs-einrichtung und den Prozentanteil an der Zahlstellen herbeilassen kann. Die Aufzählung dieser Fragen würde die Sprengung des Verbandstages und die Ablehnung des Industrieverbandes zur Folge haben. Der Satzungenentwurf ist in langen Beratungen der Sechserkommission ausgearbeitet und die Einundzwanzigerkommission ist ihm beigetreten. Daß dieser Vorschlag unsere Mitglieder nicht begeistern kann, verstehen wir, denn wir müssen recht viel von unserer Einrichtung preisgeben. Nach der in den Zahlstellen verbleibenden Anteilquote wird auf die bestehenden Beiträge eine Erhöhung von 50 % bis 1 M. kommen. In den andern Verbänden noch mehr. Die Unterstützungsätze werden bei Arbeitslosigkeit und Krankheit bedeutend gekürzt. Im inneren Aufbau und bei unsern programmatischen Forderungen müssen manche im zähen Kampfe erreichten Verbesserungen und weitgehendere Forderungen preisgegeben werden. Der neue Satzungenentwurf bringt keine einzige Verbesserung gegenüber unserm geltenden Statut. Ob unter Preisgabe außerordentlich wichtiger Vorrechte der Mitglieder in unserm Verband der Schaffung eines Industrieverbandes zugestimmt werden soll, diese Entscheidung haben nunmehr die Mitglieder selbst zu treffen.

Der Zusammenschluß mit den Verbänden der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Fleischer und Berufsgenossen bedeutet noch lange nicht die Schaffung eines Industrieverbandes für die Beschäftigten in der Lebens- und Genussmittelindustrie. Wichtige Organisationen, wie die Tabakarbeiter, Gastwirtsgehilfen und Böttcher, haben den Anschluß abgelehnt. Der neue Verband wird daher das nicht sein was die Konferenz des Beirates mit den Bezirksleitern in Erfurt und der Nürnberger Verbandstag wollten. Ob durch den Zusammenschluß der 3 Verbände nunmehr die Grundlage zum Industrieverband geschaffen wird, das möge noch dahingestellt sein.

Die großen Berufsgruppen in der Lebens- und Genussmittelindustrie, die im Fabrikarbeiterverband organisiert sind, werden durch den Zusammenschluß der 3 Verbände noch nicht für den Industrieverband gewonnen sein. Das Gegenteil wird aber bestimmt eintreten. Je mehr wir durch die Reaffirmierung versuchen, in andere Industrien einzudringen, um so schärfer werden sich die Grenzstreitigkeiten auswirken. Derzeit hat die Veröffentlichung des Satzungsentwurfes, wonach der Industrieverband für alle Arbeitnehmer zuständig ist, die nicht beteiligten Organisationen zu scharfen Protesten veranlaßt. Das, was die Befürworter des Industrieverbandes verhindern wollen, die gegenseitigen Grenzstreitigkeiten, werden durch die neue Organisation in aller Schärfe zum Ausdruck kommen.

Wie oft wurde behauptet: Die Mitglieder verlangen stürmisch die Errichtung des Industrieverbandes. Man zeigt sich aber, daß für keine Frage unter den Mitgliedern eine solche Ineresselohigkeit vorhanden gewesen ist als gerade für die Errichtung des Industrieverbandes. Nirgends findet man Wärme und Liebe für die neue Organisationsform. Nur wenige unserer Mitglieder sind davon überzeugte Anhänger. Die große Masse, steht teilnahmslos abseits. Vorwärts ist daher erst recht am Plage, wenn wir wahrnehmen müssen, daß über eine Sache entschieden werden soll, die noch nicht reif ist. Und weil eben der Gedanke „Schaffung eines Industrieverbandes“ noch nicht in allen Köpfen sich festsetzen konnte, darum wird in den Reihen der führenden Kollegen der Sündenbock gesucht. Wir wollen nicht auf alle Einwürfe eingehen, die in der letzten Zeit ganz besonders gegen die Vorstandsmitglieder geschleudert wurden. Erklärt kann jedoch werden, daß nicht einzelne Personen dieses Werk vollbringen oder aufhalten können, sondern der Wille der Mitglieder zu bestimmen hat. Kein Führer einer Organisation wird den Industrieverband verhindern können, wenn die Mitglieder für diese Frage reif sind; aber auch kein Organisationsführer wird die neue Organisationsform gegen den Willen der Mitglieder durchsetzen können.

So wie bei uns liegt es auch bei den andern Verbänden. Auch dort findet man in den Mitgliederkreisen keine große Gegenliebe für den Industrieverband. Besteht dort der eheliche Wille zum Zusammenschluß, dann leistet man ihm schlechte Dienste, wenn vom kranken Bäcker- und Konditorenverband gesprochen wird, der allein nicht mehr aktionsfähig ist und darum Ansehens sucht. Entgleisungen einzelner Personen, auf die wir nichts geben, die aber um so merkwürdiger klingen in der Zeit, wo der Zusammenschluß erfolgen soll.

Der einstimmige Wille des Münchberger Verbandstages, Schaffung eines Verbandes aller Beschäftigten in der Lebens- und Genussmittelindustrie, konnte nicht verwirklicht werden. Es ist nicht unsere Schuld. Die Ursachen sind zu suchen in der Ablehnung der Verbände der Tabakarbeiter, Gastwirtschaftsgehilfen und Bäcker. Nachdem ging unsere Kommission weiter und versuchte den Zusammenschluß mit 2 Verbänden in die Wege zu leiten. Sie ist also abgewiesen von dem ihr überwiesenen Auftrag und hat dem Drängen derjenigen Mitgliederkreise stattgegeben, die unter allen Umständen eine andere Organisationsform wollen. Wenn jedoch das Alte überlebt sein sollte und Neues an seine Stelle treten wird, dann haben die Mitglieder zu verlangen, daß das Neue besser sein muß. Das ist aber nicht der Fall. Der Zusammenschluß der drei Verbände erfolgt für unsere Mitglieder unter der Preisgabe außerordentlich wichtiger im Allgemeininteresse liegender Verhandlungsbedingungen. Die neue Organisationsform wird daher nichts Besseres bringen, sondern für unsere Mitglieder werden bedeutende Verschlechterungen Platz greifen. Das große Ziel, das der Münchberger Verbandstag ins Auge faßte, wird in weite Ferne gerückt. Wenn aber an Stelle des Bestehenden nichts Besseres gesetzt werden kann, im Gegenteil noch Verschlechterungen von weitestgehender Bedeutung in Kauf zu nehmen sind, erreichen wir dann unser Ziel, die Schaffung einer maßvollen Organisation, die dem Unternehmertum bei der wirtschaftlichen Kampfen überlegen ist?

Wir haben es als unsere Pflicht erachtet, in letzter Stunde unsere Meinung zur Errichtung des Industrieverbandes zu sagen. Unsere Mitglieder sollen nicht durch trügerische Hoffnungen in unglücklichen gehalten werden. Der größte Fehler der Organisationsleitung wäre es, wenn die Mitglieder in dem Glauben eingelockt werden, daß durch den Zusammenschluß mit dem Metzger- und Fleischerverband unsere kommenden wirtschaftlichen Kämpfe leichter durchzuführen werden können und daß die Erfolge bei den Schachbewegungen größer sein werden. Wir werden auch im neuen Verband alles auf unsere Kraft angewiesenen bleiben und dieselbe mühselige Arbeit verrichten müssen wie heute. Unser Unternehmertum wird sich in der Zukunft genau so ablehnend gegenüber allen Forderungen der Verbände verhalten wie jetzt, und nur durch unsere eigene Kraft können wir sie bezwingen.

Kollegen und Kolleginnen! Am 9. Oktober entscheidet Ihr, ob unser Verband auf-

gelöst und eine neue Organisation gemeinsam mit den Bräuern, Mühlenarbeitern, Fleischern und Berufsgenossen errichtet werden soll. Wir setzen in Euch das Vertrauen, daß Ihr alles prüfen und das Beste behalten werdet!

Der gelbe Bäckerbund nicht tariffähig.

(Beschluss des Sozialpolitischen Ausschusses vom 22. September 1921.)

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beantwortet das Schreiben des Reichsarbeitsministeriums dahingehend, daß der Bund der Bäcker-(Konditoren-)Gesellen Deutschlands als eine tariffähige wirtschaftliche Vereinigung der Arbeitnehmer des Bäckergewerbes nicht anerkennen kann, da der Bund sowohl nach seiner Entstehung als auch nach seinem Verhalten sich als eine von den Arbeitgebern abhängige Organisation erweist und auch der Zentralvorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer Deutschlands nach seinem Beschluss vom 30. Juli 1921 diesen Bund als eine wirtschaftsfriedliche (gelbe) Organisation bewertet, die nach Ziffer 3 der Vereinbarung vom 15. November 1918 weder einer Spitzenorganisation der Gewerkschaften, noch einer Reichsarbeitsgemeinschaft angehören kann.

Zur Schaffung eines Industrieverbandes.

Die Frage zur Schaffung von Industrieverbänden wird in den zentralen Gewerkschaftsinstanzen seit einiger Zeit lebhaft behandelt. Es muß zugegeben werden, daß es eine geraume Zeit dauerte, bevor man in diesen Kreisen zur Erörterung dieser Frage gekommen ist. Noch bis vor Kriegsausbruch hatten wir in Deutschland 49 gewerkschaftliche Organisationen. Uns soll aber nicht heute die „lange Leitung“ der Gewerkschaftsinstanzen, sondern die in einer ganzen Anzahl von Orten geübte Selbsthilfe interessieren. Die Zusammenfassung der Betriebsräte ist erfolgt nach Industriegruppen. Arbeiter und Angestellte werden durch die in fast allen Orten vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der Arbeitergemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) gebildeten freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentralen gemeinschaftlich geführt, zu geschlossenem Handeln erzogen und so für die kommenden Aktionen reif gemacht. Es ist von vielen Seiten anerkannt worden, daß seit der Zusammenfassung der Betriebsräte durch die Gewerkschaften ein gewaltiges Stück Arbeit geleistet wurde, um die Hand- und Kopfarbeiter zum Kampfe für den Sozialismus und zu der dafür als Voraussetzung geltenden Gemeinschaftsarbeit in den Betriebsräten und den Betriebsrätezentralen zu gewinnen. Stumm aber erkennen man diese Tätigkeit als im Interesse des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse liegend an. Da glaubt eine andere Berufsorganisation, zum Beispiel die Brauerei- und Mühlenarbeiter in ihrer Fachpresse Nr. 34 den Mitgliedern zeigen zu müssen, „das Abstimmungsobjekt ist klar zu umschreiben“: Wer für die Verschmelzung stimmt, hat auch für den Satzungsentwurf (wie er vorliegt) gestimmt.

Ausgerechnet von der Zentrale wird auf die Mitglieder so eingewirkt. Das ist derselbe Ton, den der ehemalige Verbandsvorsitzende Allmann auf dem Verbandstag in Cassel anging, indem er laut Protokoll ansprach: „Wir sind ja nicht direkt angewiesen auf die Konditoren (bei der Verschmelzung), wir gebrauchen sie ja gerade nicht, aber wir waren doch gern dabei, wenn es gewünscht wurde.“ Der Geist Allmanns hat auch heute noch seine Spuren in unserer Organisation hinterlassen, wenn wir den Auftrag über die Abstimmung betrachten. Dort heißt es: „Die Mitglieder sollen durch Kopfmahlung einsehen, ob unsere Organisation aufgelöst werden soll.“ Diese Ausdrucksform wird für viele Mitglieder als eine Verletzung der Bäckertadition bei der Abstimmung betrachtet werden. Warum nicht Verschmelzung? Ist nicht aufgelöst... Weiter heißt es, die Richtlinien haben das Abstimmungsobjekt. Wenn die Zentralinstanzen glauben, den Mitgliedern einen Dienst zu erweisen, der im Interesse der Arbeiterbewegung liegen soll, so mögen die Mitglieder sich das Abstimmungsobjekt über die Verschmelzung mit den Konditoren vor Augen halten. Von 2594 Mitgliedern beteiligten sich nur 79 Mitglieder bei der Abstimmung. Auch am 9. Oktober können wir eine schwache Beteiligung erleben, wenn in den Reihen unter den Mitgliedern keine Klärung erfolgt. Dabei ist die Entscheidung vom 23. Januar 1921 zu beachten, die lautet: „Die am 23. März 1920 bestimnte Sachkommission wird beauftragt, die vorliegenden Richtlinien zu verarbeiten und Vorschläge zu einem gemeinsamen Statut und allen damit in Zusammenhang stehenden Organisationsfragen auszuarbeiten. Das Ergebnis ist der großen Kommission im März vorzulegen, die endgültig beschließt. Diese Beschlüsse sind dann nach dem Willen der Mitglieder in den 3 Organisationen durch die Fachpresse und Mitgliederveranstaltungen zur Beiprächtigung zu unterbreiten. Nach eingehender Klärung erfolgt in den Organisationen eine Abstimmung, zu deren Ergebnis die Verbandstage Stellung nehmen und endgültige Beschlüsse fassen.“

Wir dürfen den Gedanken nicht vertreten, von dem sich Biesländer (Berlin) und Müller (Breslau) leiten lassen, indem sie die materielle Frage in den Vordergrund stellen. Auch möge man keine Experimente aufstellen durch neue Grundlagen, wie in Nr. 37 der Fachpresse mit den 8 Punkten von Riegel (Berlin). Besonders im Augenblick der durch die Zerrissenheit aktionsunfähigen politischen Arbeiterbewegung sollen sie auf gewerkschaftlichem Gebiete nicht gemacht werden dürfen. Für die Mitglieder dürfen nicht die Einzelheiten im Statut ausschlaggebend sein, sondern der Gesamtcharakter der neuen Organisation ist es, der dem neuen Bau sein Fundament bestimmt. Im Industrieverband suchen wir gemeinsam unsere Wege für die zukünftigen Kämpfe. Wird in diesem Sinne am 9. Oktober verfahren, dann wird der Prozeß der Umorganisation der Bäckerorganisation zum Nutzen unserer Mitglieder und der Arbeiterklasse vollzogen zum Troste der Unternehmer. Paul R e y e, Leipzig.

Seitdem in unserm Fachorgan der Ruf ertönt: „Abstimmung zum Industrieverband“ wird man als Betriebsrat von den Kollegen befragt mit den Fragen: Was ist denn das? Was ist denn das bedeuten? Weshalb denn Industrieverband? Und diesen Fragen ergibt sich, daß viel zu wenig Aufklärung in unserm Fachorgan und in den Versammlungen erfolgte. Ich will nun auf die Frage eingehen: Weshalb denn Industrieverband? Wir wissen alle, daß während des Krieges und hauptsächlich nach dem Kriege, seit der Novemberrevolution sich das Kapital unter dem Schutze der demokratischen Regierung hart zentralisiert hat. Anstatt daß nun auch die Gewerkschaften dazu übergingen, sich zentralistisch zusammenzuschließen, große Wirtschaftsgebiete einheitlich für die kommenden Kämpfe zusammenzufassen, holte man das schöne Wort hervor: „Arbeitsgemeinschaft“. Ebenso gut könnte man sagen: „Ausbeutungsgemeinschaft“, denn bis jetzt wurden die Arbeiter durch die Arbeitsgemeinschaft immer tiefer in Not und Elend gestürzt. Dem größten Teil der Arbeiter wurde wieder das schöne Affordium ausgenommen zur Stärkung des Unternehmerprofits. Wenn wir nun den Industrieverband aufbauen, so beweisen wir damit, daß wir unsere Gegner einen stärkeren Damm entgegenstellen wollen, und deshalb verbinde ich mit dem Aufbau des Industrieverbandes die Forderung: „Fort mit der Arbeitsgemeinschaft!“ Kollegen! Wir haben gesehen, daß es das Kapital verstanden hat, die Preise für den täglichen Bedarf an die Weltmarktpreise heranzutreiben, daß es aber auch verstanden hat, in kleinen Gruppenlohnbewegungen die Löhne recht niedrig zu halten. Dieses sollte uns veranlassen, unsere Kräfte zusammenzuschließen, und deshalb möchte ich Euch zurufen: Stimmt am 9. Oktober reiflos für den Industrieverband. W. Albrecht, Kiel.

Obwohl unter den Mitgliedern in den zur Lebensmittelbranche gehörenden Verbänden der Verschmelzungsgedanke schon lange gereift ist, fanden und befinden sich immer noch Leute unter ihren Führern, die sich mit dem Gedanken nicht befreunden wollen. Sie sind dabei offenbar um ihren Einfluß besorgt und suchen mit nichtsjagenden Gründen ihre Mitglieder davor graulich zu machen, was ihnen in vereinzelten Fällen auch noch gelingt. Als offene Gegner des Industrieverbandes wollen sie sich in Anbetracht der Stimmung nicht bekennen. Aber schon aus den Richtlinien und dem Satzungsentwurf geht es hervor. Erst recht aber aus dem Diktat in Nr. 37 unserer Verbandszeitung, wo es heißt: „Grundlegende Forderungen hieran kann auch der eventuell später stattfindende gemeinsame Verbandstag nicht vornehmen.“ — Damit soll also der Verbandstag von vornherein schon mundtot gemacht werden. Schließlich braucht man ihn überhaupt nicht mehr. Die Sachkommission wird einfach bestimmen und die über 160 000 Mitglieder haben ihre Beiträge zu bezahlen, aber nichts zu melden, und der Absatz 4 der Richtlinien wäre damit auch erledigt. Da könnte doch wahrlich manch preußischer Landrat aus der seligen wilhelminischen Zeit vor Neid pikieren. Damit kommt aber auch zugleich der sonst so vielgepreisene demokratische Geist zum Vorschein. Hoffen wir, daß damit die Absicht, den Mitgliedern die Verschmelzung zu verfehlen, nicht gelingen wird. Diese entwicklungsstimmende und dauernde Behormung der Mitglieder muß zurückgewiesen werden. Zu einer Zeit, wo sich die Unternehmer mehr und mehr gegen die Arbeiter zusammenfinden, dürfen Sonderinteressen und Machtdünkel nicht die Oberhand gewinnen. Unsere Organisationen in ihren bisherigen Formen würden aber nach einem Scheitern der Verschmelzung zum Spielball der Unternehmer und ihrer juristischen Schatzmacher werden, weil keine von ihnen aus eigener Kraft einen herausbeschworenen Kampf ohne schwerste Opfer zu Ende führen könnte.

Bezeichnend sind die Einwände gegen die Verschmelzung eines Kollegen Ehler vom Brauereiarbeiterverband, die er in einer Versammlung am 7. September in Kistli — wie aus unserer Nr. 38 ersichtlich — machte. Der gute Mann zog einen recht geschmacklosen Vergleich. Er wollte damit behaupten, die Verbände der Bäcker- und Konditoren und der Fleischer wären nicht mehr lebensfähig, darum suchten sie Rettung beim Brauerei- und Mühlenarbeiterverband. Diese Redensarten erinnern lebhaft an die Zeit von 1910, als man genau dasselbe von den Mühlenarbeitern sagte. Angestellte des Brauereiarbeiterverbandes stellten es ebenso dar. Darum war auch die Behandlung der Mühlenarbeiter ein in Gnaden Aufgenommenen, so daß manch eifriger Befürworter der damaligen Verschmelzung enttäuscht war. Daher kommt es, daß ein Kollege einer ostpreussischen Ortschaft noch daran festhält, was ihm einst eingepaukt wurde. Von den vielen Arbeiterverbänden, die sich zu großen Industrieverbänden zusammengelassen haben, hat man niemals gehört, daß sie voneinander so geringschätzend gesprochen hätten. Leute vom Schlage Ehlers sehen offenbar nicht über ihren Wirkungskreis hinaus. Es wäre ihnen zu empfehlen, es zu lernen, die Organisationen nach ihren Tiefen und nicht nur nach der Breite zu beurteilen. Kollegen, die keine weiteren Vorzüge an sich haben, als ein Verbandsbuch in der Tasche, sind noch lange nicht berechtigt, sich organisierte Arbeiter zu schimpfen. Sie sind aber bei Abstimmungen die gern gezeigten „Handhochhalter“ und wissen in den meisten Fällen nicht, wofür sie nun stimmten. Solchen, aber auch nur solche Kollegen kann man es glaubhaft machen, daß der Brauereiarbeiterverband der berufene Rettungengel

anderer Verbände sein soll, und überhört dabei die Gefahr, die durch diese Einbildung immer größer zu werden droht. Der Bäcker- und Konditorenverband mit über 80 000 und die Fleischer mit über 23 000 Mitgliedern sind mindestens auch so mächtig ihren Unternehmern gegenüber wie der Bauerei- und Mühlenarbeiterverband mit den 73 000 Mitgliedern. In ihren Organisationen weht auch etwas demokratischer Geist, und rechtlos sind sie ganz gewiß auch nicht. Wenn sie dennoch für die Schaffung eines Industrieverbandes eintreten, so tun sie es als Erfordernis der Zeit, im Interesse der Gesamtarbeiterbewegung.

Für die Abänderungsvorschläge zu den Richtlinien und dem Satzungsentwurf wird die Zeit erst nach der Urabstimmung gekommen sein. Jedenfalls werden die Mitglieder durch den Verbandstag zu entscheiden haben, wo und inwiefern Abänderungen vorzunehmen sind. Ist es endlich so weit, dann wird sich auch der richtige Weg finden lassen.

L. Steinhäuser, Hamburg.

Ist der Industrieverband nun eine so unbedingte Notwendigkeit für uns, daß wir ohne ihn absolut nicht mehr auskommen können? Ich muß das entschieden verneinen. Von den Anhängern des Industrieverbandes wird dauernd behauptet, die Massen verlangen stürmisch den Industrieverband. Vor ihren ins Feld geführten Massen muß ihnen aber selbst bange geworden sein, weil sie ebenso stürmisch die Abänderung der 60% aller Mitglieder, die für die Neugründung ursprünglich ihre Stimme abgeben sollten, verlangen. Wie sehen die Massen nun in Wirklichkeit aus? Wenn das Hamburger Beispiel für das Reich maßgebend sein sollte, dann kann ich den Druck verstehen, der ausgeübt wurde. Die Konditorensektion Hamburg hat schon zweimal in ihren Versammlungen zum Ausdruck gebracht, daß der Industrieverband für uns nur zum Nachteil sein kann. Und die allgemeine Mitgliederversammlung hatte so wenig Verständnis für den Industrieverband, daß der Referent Schritte durch Nadaus- und Tumultszug am Reden verhindert wurde. So sehen also die stürmisch-verlangenden Massen in Wirklichkeit aus. Auf die Wahllokalität und Versammlungsmöglichkeit der Mitglieder bauend, soll diese für unsern Verband schicksalsschwere Abstimmung dem kleinsten Häuflein Abstimmer anvertraut werden. Die Anhänger des Industrieverbandes wollen eben diese Neugründung erzwingen. Ob sie zum Nutzen oder zum Schaden der Mitglieder gerichtet, ist ihnen ganz gleich, wenn sie nur ihr Ziel erreichen. Und das darf auf keinen Fall eintreten. Darum hin an die Abstimmungsurne alle diejenigen, die von dem Industrieverbande nichts wissen wollen, und auch die, denen in den Versammlungen wohl die Lichtseiten, nicht aber auch die Schattenseiten der Industrieorganisation vor Augen gefaßt wurden. Sucht man dann absichtlich im dunkeln gefaßt und Sucht nicht die Wahrheit gefaßt, um Sucht als Stimmzettel bei der Abstimmung zu gebrauchen. Geht alle an die Abstimmungsurne und quittiert die Unwahrscheinlichkeit dadurch, daß Ihr geschlossenen den Stimmzettel mit „Nein“ in die Urne werft.

Braucht eine in sich ausblühende und erstarkende Organisation, wie die unsere, den Industrieverband? Nein, nein und tausendmal nein! Das Gegenteil ist eher der Fall. Durch mühsame Arbeit und Ausdauer haben wir unsere Mitgliederzahl in den letzten 2 1/2 Jahren auf 70 000 gebracht und weitere Tausende haben wir durch zähe Agitation für unsere Reihen noch zu gewinnen. Dazu sind wir mit unserm Verbands in der jetzigen Form viel leichter in der Lage, als mit der Neugründung jemals zu erreichen sein wird. Ein sehr großer Teil unserer Mitglieder muß erst zu Gewerkschaftern erzogen werden und deshalb werden sie auch diese Belastungsprobe, die der Industrieverband für sie darstellt, nicht aushalten und werden uns verloren gehen. Viel Mühe, Arbeit, Zeit und Geld wird es uns dann kosten, wenn wir sie zurückgewinnen wollen, vorausgesetzt, daß uns nicht noch schlimmeres passiert und durch ihre Zahl die Reihen der gelben Sumpfpflanzen gefährdet werden. Wir brauchen zur Stärkung unserer Reihen unbedingt das flache Land. Die mittleren und kleinen Städte für uns zu gewinnen, muß unsere Aufgabe und Sorge in nächster Zukunft in noch stärkerem Maße sein. Das Gegenteil bringt uns der Industrieverband. Die Antipathie gegen uns wird eine viel größere sein denn bisher. Und was nützt uns dann der Industrieverband? Gar nichts! Er bringt uns zu den wirtschaftlichen Verschlechterungen und der Mitgliederentziehung, die in den neuen Satzungen enthalten sind, auch noch die Unmöglichkeit, uns auf dem schnellsten Wege auszubreiten.

Sehen wir uns die Sachlage doch einmal richtig an. Wir sind doch schon ein Industrieverband. So aber sind gerade bei uns die größten Treiber und das hat bei den andern Verbänden den Anschein erweckt, als wenn unsere Organisation in ihrem Innern krank und morsch sei und wir nur dadurch wieder gesund können. Das ist nicht wahr! Eine Organisation, die in 1 1/2 Jahren ihr Verbandsvermögen von 630 000 M. auf ziemlich 3 000 000 M. erhöhen kann, ist nicht krank, sondern kerngesund in ihrem innersten Wesen. Die einzige krankhafte Erscheinung sind nur die radikalen Treiber, die mit unerfüllbaren Schlagwörtern den Geist der Mitglieder aufspalten und dann ihr Wort nicht einzulösen imstande sind. Alles, was die Anhänger des Industrieverbandes für diesen vorbringen, fällt bei näherer Betrachtung als nicht haltbar in sich zusammen und darum hin an die Urne für unsern Verband und energisch Front gemacht gegen die Schlagwörterhelden, die mit uns ein gefährliches Experiment vorhaben, bloß um ihrer persönlichen Eitelkeit mit der Gründung des Industrieverbandes geschmeichelt zu sehen. Denn das Wort Industrieverband war ein Schlagwort, hineingeworfen in die leichtsinniglichen Gemüter der Revolutionsmassen. Denen, die dieses Wort, das seit 1907 begraben war, wieder neuprägten, schwebte im Geiste in weiter Zukunft als Endziel die allgemeine, große, deutsche Arbeiterunion vor Augen. Das wird sich aber niemals auf dem Wege über einen Industrieverband von 160 000 bis 200 000 Mitgliedern erreichen lassen; denn die großen Gewerkschaften mit einer Million und noch mehr Mitgliedern lachen über den schlechten Witz, der in dieser Wahnvorstellung enthalten ist.

Darum alle zur Abstimmung! Kein Mitglied darf fern bleiben, und geschloßen den Stimmzettel mit „Nein“, der gleichzeitig für Beibehaltung unserer jetzigen Organisationsform spricht, in die Stimmurne geworfen!

Wir lassen nicht mit uns herumexperimentieren!
W. Schmidt, Konditor, Hamburg.

Konferenzen der genossenschaftlichen Betriebsräte.

Am 18. und 25. September fanden in Liegnitz, Berlin, Chemnitz, Weisfenfeld, Erfurt, Braunschweig, Hamburg, Essen, Frankfurt, Stuttgart und Nürnberg Bezirkskonferenzen unserer Betriebsratsmitglieder in den Genossenschaftsbäckereien statt, um zur Frage des Nachbäckerverbois Stellung zu nehmen. Die Veranstaltungen waren schon deshalb notwendig, weil nach der Konferenz der genossenschaftlichen Geschäftsleiter in Hamburg (siehe Nr. 35) von einzelnen Teilnehmern den in ihren Betrieben beschäftigten Bäckern berichtet wurde, daß die Vertreter des Verbandsvorstandes dort die Erklärung abgaben, daß sie bereit seien, den Wünschen der Genossenschaften entgegenzukommen.

Die Konferenzen ergaben das einmütige Bild: unter keinen Umständen werden wir uns wieder die Nachtruhe rauben lassen. Den Genossenschaften stehen ganz andere Mittel zur Verfügung, um ihre Bäckereien rentabel zu gestalten. Ein reichhaltiges Material wurde den anwesenden Vorstandsvertretern unterbreitet, nachdem zu ersehen war, daß in recht vielen Fällen gefündigt wird und manche Geschäftsleitungen außerordentlich schwerfällig sind, um die Bäckereibetriebe den heutigen Zeitverhältnissen und Bedürfnissen der Genossenschaftsmitglieder anzupassen. Allen Konferenzteilnehmern war es unverständlich, daß man den Bäckern zumutet, die Verordnung vom 23. November 1918 preiszugeben und nicht dort mit den Reformen beginnt, wo ohne Widerstand Erfolge zu erzielen sind. Folgende Entschließung wurde in allen Konferenzen zum Beschluß erhoben:

Die Vertreter der Genossenschaftsbäcker erklären nach eingehender Prüfung aller die Produktion und der damit zusammenhängenden Fragen betreffend einmütig, daß eine Aenderung der Verordnung vom 23. November 1918 (Arbeitszeit in Bäckereien, Konditoreien und ähnlichen Betrieben) nicht notwendig ist. Seit der Beseitigung der Berufsstände, der Nacharbeit, ist den Genossenschaftsleitern mit bewundernswürdiger Langmut immer und immer wieder der einwandfreie sachmännliche Nachweis erbracht worden, daß es zur Erzeugung guter Backwaren (Groß- und Kleingebäck) keinerlei Vorarbeit vor dem gesetzlich festgelegten Arbeitsbeginn bedarf. Das Verlangen des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine auf Zulassung von Vorarbeit ist auch durch eine fast siebenjährige Praxis glänzend widerlegt.

Die technischen Einrichtungen ermöglichen es, dem Bäckereigrößbetrieb in verhältnismäßig kürzerer Zeit Backwaren herzustellen als dies dem handwerksmäßigen Betriebe möglich ist. Bei entsprechenden Vorkehrungen können die Großbetriebe trotz verweigert Verkaufsgelagenheit den Verbrauchern zu der gleichen Zeit frische Backwaren verkaufen, wie die Kleimbäcker. Allein, wenn geschäftsuntüchtiger, kleinräumerischer Geist es nicht vermag, sich der Hilfsmittel zu bedienen, die vorhanden und notwendig sind, um konkurrieren zu können, dann vermögen es die Bäckereiarbeiter nicht einzusehen, daß sie es sein sollen, auf deren Können und Gesundheit das Gleichgewicht ermöglicht werden soll. Die Bäckereiarbeiter, die den Fluch der Nacharbeit bis zur Neige kosteten und die die hohe kulturelle Bedeutung der Tagarbeit schätzen gelernt haben, wollen nicht wieder Menschen milderer Rechts werden.

Die Konferenzteilnehmer bekunden deshalb einstimmig, daß sie jeden Versuch der Wiedereinführung der Nacharbeit oder der Verschlechterung des Schutzgesetzes mit allen zulässigen Mitteln begegnen und durch scharfe Kontrollmaßnahmen jede Uebertretung der Verordnung in Bäckereien und Konditoreien unterbinden werden. Das Verlangen, vor 6 Uhr morgens die Arbeit zu beginnen, ist allüberall und in jedem Fall entschieden zurückzuweisen.

25jähriges Jubiläum der Zahlstelle Mainz.

Als die Organisation in den süddeutschen Städten Fuß faßte, fand der Gedanke der gewerkschaftlichen Solidarität freudigen Widerhall bei den Mainzer Bäckergehilfen. 1896 wurde hier die Mitgliedschaft des Verbandes der Bäcker errichtet. In der damaligen Zeit war die wirtschaftliche Lage der in den Bäckereien Beschäftigten außerordentlich schlecht. Das erst kurz vorher in Kraft getretene Gesetz über den zwölfstündigen Maximalarbeitsstag wurde hier, wie auch anderwärts, in allen Betrieben von den Bäckermeistern nicht eingehalten. Es war daher selbstverständlich, daß sich die Kraft der Organisation darauf legte, in allen Betrieben die gesetzlichen Bestimmungen zur Durchführung zu bringen. Damit trat die Organisation in den schärfsten Kampf mit der überaus rückständigen Leitung der Bäckereierinnung unter Führung des vor einigen Jahren verstorbenen Obermeisters und Stammes-Zentrumsmannes Jekstall.

Durch die unermüdete Arbeit der führenden Kollegen wurden auch diese Schwierigkeiten überwunden, und 1901 konnte die Zahlstelle einen ernsthaften Vorstoß zur tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unternehmen. Das Wort Tarifvertrag läßt aber auf die Innung eine solche Wirkung aus, daß sie sich unter keinen Umständen zu einem Abschluß bereit erklären konnte. Es wurde eine „Vereinbarung“ mit der Innung getroffen. Sie hielt jedoch nicht lange stand. Bereits nach kurzem Bestehen im Oktober des gleichen Jahres kündigte die Innung die Vereinbarungen mit der Erklärung, daß sie sich nicht mehr daran gebunden fühle. Warum? Unsere Kollegen hatten in ihrem Siegestaumel leider den großen Fehler begangen und vergessen, daß zur Durchführung der Abmachungen noch größere Einmütigkeit vorhanden sein muß als bei dem Abschluß. Die unausbleibliche Reaktion trat darauf ein. Es folgten trübe Jahre, in denen die Innung den ganzen Haß gegen die „Hexer“ zur Entfaltung brachte. Erst 1906 konnte die Kollegenchaft zu einem neuen Vorstoß gesammelt werden. Ein Tarifvertrag wurde abgeschlossen; für die damaligen Verhältnisse immerhin eine bedeutende Verbesserung.

In diesen Jahren setzte die von den Berliner Bäckermeistern gegründete gelbe Bewegung ein. Die Mainzer Innung ließ es sich nicht zweimal sagen, nach diesem reitenden Strohhalbm zu greifen, und unter großer Mühe und großen Geldopfern der Innung wurde eine gelbe Gruppe gegründet. Aber auch diese mit Haß erfüllten Bestrebungen der Bäckermeister gegen die aufwärtsstrebende Gehilfenchaft konnte das lodernde Feuer und die Sehnsucht nach menschenwürdigem

Dasein unter der Kollegenchaft nicht zum Erlöschen bringen. Wohl folgten trübe Jahre, in denen die Uneinigkeit der Gehilfen auf die Spitze getrieben wurde. Nur kurze Zeit konnten die Unternehmer triumphieren.

1907 erfolgte der Zusammenschluß der Verbände der Bäcker und Konditoren. Damit öffnete sich uns ein weites Feld der Tätigkeit in den Süßwarenbetrieben. Langsam ging es auch dort vorwärts. Trotz der überaus schlechten Entlohnung der Beschäftigten in dieser Industrie konnte sich nur im Schnecken-tempo der Gedanke der genossenschaftlichen Solidarität in diesen Köpfen festschlagen.

Bei Kriegsausbruch wurden alle unsere Pläne vernichtet. Die Zahlstelle sank auf wenige Mitglieder. Trotzdem keine Mutlosigkeit: Die Fahne wurde von den wenigen in der Heimat verbliebenen Kollegen hochgehalten.

Nach Kriegsende scharten sich die Kollegen und Kolleginnen geschlossen um die Organisation. Die Zahlstelle zählt am Jubiläumstage 450 Mitglieder. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind für die Bäcker und Konditoren für erstere bezirklisch und für letztere örtlich geregelt. Für die Beschäftigten in der Süß- und Teigwarenindustrie kommt der Reichstarif in Frage. In der Marmeladenindustrie besteht der Reichsmantelvertrag mit dem bezirklischen Lohnabkommen. Sämtliche Berufsgruppen arbeiten zurzeit zu tariflichen Abmachungen.

1901 tagte hier der 8. Verbandstag des Bäckerverbandes. Dort wurde ein Beschluß von weittragender Bedeutung, die Einführung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung, gefaßt, der zweifellos mit dazu beitrug, die Organisation zu ihrer heutigen Machtposition zu bringen.

Es soll auch unserer Jubilare gedacht werden, der Kollegen Christian Eckert und Jakob Herberg, die unermüdet und trotz alledem ihr Bestes in den vielen Jahren für die Organisation und die Kollegenchaft leisteten. Unsere herzlichsten Glückwünsche.

E. D.

Konditoren

Sehrlingshaltung und Sehrlingsfragen.

Als Arbeitsvermittler hat man so recht die Gelegenheit, über unsern jungen Nachwuchs Beobachtungen anzustellen und kommt dabei zu dem sehr betrübenden, aber wahren Schluß, daß hier oft große Sünden vom Meisterstum begangen werden. In 90 von 100 Fällen kann man sagen, daß ganz mangelhafte Ausbildung erfolgte, trotz Fachschule und dreieinhalbjähriger Lehrzeit. Des öftern haben uns Lehrmeister selbst berichtet und erklärt, „der Junge hätte die ganze Lehrzeit sich als Konditor nicht geeignet“. Letzteres wurde so recht beleuchtet durch den Vorsitzenden einer Meisterorganisation, der bei einer Gelegenheit seinen eigenen Ausgebildeten das Zeugnis ausstellte und sagte: „Der Gehilfe verdient den Tariflohn nicht, ich bedauere jeden, der denselben als Gehilfen einstellt.“

Wir wissen, daß der Lehrling in den meisten Fällen nicht als das betrachtet wird, was man, in schönen Worten gekleidet, zu sagen pflegt: „Die Sehrlingshaltung wird betrieben, um einen gut ausgebildeten, das Handwerk erhaltenden Nachwuchs zu sichern.“ Ich behaupte auf Grund eigener Erfahrung: Die Sehrlingszucht wird betrieben, um sich ein billiges, willfähiges Ausbeutungsobjekt zu sichern. Nur aus diesem Grunde erklärt sich der energische Kampf des Kleinmeisterstums gegen jede Reform des Sehrlingswesens.

Auch den jungen Gehilfen sei hier etwas zur Anregung gesagt. Wenn die Ausbildung eine mangelhafte war, so erwacht doppelt die Pflicht, nichts unversucht zu lassen, um eure handwerklichen Fähigkeiten zu erweitern. Nur etwas Liebe zum Beruf gehört dazu. Die Kriegszeit mit ihren vielen Enttäuschungen hat verbesserte Arten derselben zurückgelassen, die Verwendung ist ganz verschiedener Art; es gehört eine gewisse Fertigkeit dazu, sie richtig zur Anwendung zu bringen. Ich denke vor allem an Cremes, Speiseeis und Eis. Neuheiten auf diesem Gebiete werden in Konditor-Messen und -Ausstellungen gezeigt und erklärend vorgeführt, daher empfiehlt sich deren Besuch! Aber auch in Fachzeitschriften werden gute Anregungen und Rezepte mit oft guten Erläuterungen gebracht; ich erinnere nur an unsere Fachzeitschrift „Lehrling und Wirtschaftswesen“.

Zum Schluß noch etwas zu den älteren Kollegen. Auch diese sind nur zu oft in vielen Fällen stark kleinlich veranlagt, indem sie mit dem Preisgeben ihrer Fertigkeiten und ihres Könnens zu sehr zurückhalten, daher die Weiterbildung der Jungen nicht fördern.

Den Lehrling soll man also nicht nur als gelegentlichen Hilfsarbeiter, sondern als heranreifenden Kollegen, als wohlwollenden jüngeren und lernenden Mitarbeiter betrachten und ihm die denkbar größten Fertigkeiten aneignen lassen. Dies muß die erste Pflicht aller Älteren sein; nur dann ist uns ein gesunder und gut ausgebildeter Nachwuchs sicher.

Saeje, Berlin.

Aus den Sektionen.

Der Tarifnachtrag für das Konditoren-gewerbe in Dresden und Umgegend sieht vom 4. September an eine wesentliche Erhöhung der Löhne vor. Weiter beziehungsweise Betriebsleiter erhalten 360 M., bisher 275 M., Gehilfen vom 4. Gehilfenjahre an 320 M., bisher 240 M., im 2. und 3. Gehilfenjahre 260 M., bisher 200 M. und im 1. Gehilfenjahre 210 M., bisher 170 M. Für Orte außerhalb Dresdens betragen die Löhne 10% weniger.

Mit der Konditoren-Kreis-Zwangsinnung Leipzig wurde vor dem Schlichtungsausschuß folgender Vergleich geschlossen: Die Mitglieder der Innung verpflichten sich, folgende Löhne zu zahlen: Im 1. Gehilfenjahre 210 M., Gehilfen bis zu 20 Jahren 240 M., über 20 bis 24 Jahre 280 M. und über 24 Jahre 320 M. Bei verheirateten Gehilfen erhöhen sich die Löhne in allen Staffeln um 10 M. Für die Zeit vom Ablauf des vorhergehenden Lohnvertrages und Einführung des jetzigen (3. bis 18. September) werden 40 M. Lohnzulage pro Mann und Woche gezahlt.

Der neue Tarif mit der Konditorinnung Wiesbaden vom 5. September enthält die folgenden Löhne: Konditor-gehilfen bis zum Alter von 18 Jahren 240 M., bis 20 Jahren 270 M., bis 23 Jahren 310 M., über 23 Jahre und Gehilfen in leitender Stellung 350 M. In Betrieben, wo der Inhaber kein Fachmann ist, erhält der 1. Gehilfe 360 M. und die übrigen Gehilfen eine Zulage von 10 M. Wo auf ausdrücklichen Wunsch Kost und Wohnung im Hause gewährt wird, kann dafür der Gesamtbetrag von 120 M. abgezogen werden. Jeder Lehrling erhält im Sommer eine Woche Ferien!

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Telegrammadresse: Bäckerverband Hamburg.

Die Statistikarte für das 3. Vierteljahr (gelbe Karte) ist von den Zahlstellenvorständen, soweit das noch nicht geschehen, sofort abzugeben. Auf die genaue Beantwortung der Fragen über die unterstützten und nichtunterstützten Arbeitslosen und Arbeitslosentage sowie über die Summe der gezahlten Unterstützungen wird besonders aufmerksam gemacht.

Ebenso sind die Berichte über die im September festgestellten und zur Anzeige gebrachten Übertretungen der Verordnung vom 23. November 1918 mit einzuschicken.

Agitationsleiter gesucht. Für Essen und das dazugehörige Organisationsgebiet wird für sofort ein Agitationsleiter gesucht. Dieser muß rednerisch begabt und befähigt sein, selbständig Verhandlungen zu führen sowie in allen Agitations- und Organisationsfragen bewandert und mit dem Rassenwesen vollständig vertraut sein. Anstellung und Gehalt richten sich nach den Beschüssen des Nürnberger Verbandstages. Bewerber müssen mindestens 5 Jahre organisiert sein. Bewerbungen sind bis 15. Oktober an den Verbandsvorstand einzusenden.

Der Zahlstelle Erfurt wird auf Antrag die Genehmigung erteilt, pro Monat 1 M. Extrabeitrag zu erheben. Der Verbandsvorstand.

Sterbetafel.

Frankfurt a. M. Heinrich Heschler, gestorben am 17. September. Ihre selbsten Andenken!

Schabewegungen und Streiks.

Bäcker.

Mit dem Landesverband braunschweigischer Bäckereiarbeiter wurde der Tarif am 14. September erneuert. Danach wird der gesamte Freistaat Braunschweig in 3 Lohnklassen eingeteilt. Der Lohn beträgt:

	I	II	III
Für Gehilfen bis zu 20 Jahren	240 M.	230 M.	220 M.
von 20 bis 24 Jahren	260	250	240
über 24 Jahre	280	270	260

Die Gehilfen bekommen wöchentlich ein angemessenes Taschengeld. Für auf Wunsch der Gehilfen gewährte Kost und Wohnung dürfen 100 M. in Abzug gebracht werden. Der § 616 findet bis zu 6 Wochen Anwendung.

Die Tarifanträge in Dresden haben vom 2. September folgende Löhne vor: In den Brotfabriken und Mühlenbäckereien 350 M., in Betrieben mit 2 Gehilfen und darunter 335 M. Mit der Konditorinnung wurde für die Betriebe bis zu 2 Gehilfen vereinbart: Backmeister 340 M., Weizenbäcker ohne Altersunterschied 300 M., Gehilfen über 20 Jahre 260 M., von 18 bis 20 Jahren 240 M. und unter 18 Jahren 220 M. In den Betrieben mit 3 und mehr Gehilfen ist der Lohn für alle Gehilfen 20 M. höher. In Betrieben mit mehr als 5 Gehilfen erhält der Backmeister 380 M. Der Tarif wurde bis 31. März 1923 verlängert.

Die Löhne in Halle betragen vom 19. August an in den Großbetrieben 245 M., in den Kleinbetrieben 230, 270 und 250 M.

Der neue Tarif für das Bäckergewerbe in Pirna und Umgebung, der bis 31. Mai 1923 gilt, setzt die Löhne, rückwirkend vom 15. August an, wie folgt fest: Erste selbständige Gehilfen 330 M., Gehilfen über 20 Jahre 300 M., von 18 bis 20 Jahren 290 M. und unter 18 Jahren 250 M. In Betrieben mit 3 und mehr Gehilfen betragen die Löhne in allen Altersklassen 20 M. mehr. Ferien wurden bis zu 12 Tagen gewährt.

Die Löhne in Rostock betragen vom 1. September an für Bäckergehilfen über 20 Jahre 280 M. und für Bäckergehilfen unter 20 Jahren 248 M.

Aus Mitmacherkreisen.

Bäckerei.

Gegen die Nacht- und Sonntagsarbeit wendet sich die Bundesarbeiter-Zeitung in einem Aufruf an die Mitglieder:

Die Sünden vieler Innungsmitglieder über das in letzter Zeit überhandgenommene Sonntagsbrot sowie über den übermäßigen Beginn der Arbeitszeit in vielen Bäckereien geben dem Innungsvorstand Veranlassung, einzuschreiten und zu warnen und die Innungsmitglieder zu ermahnen, von dem das Ansehen unseres Gewerbes schädigenden Treiben des Sonntags- und Nachbrotens abzulassen. Wer weiter bewußt gegen die Standeslehre verstößt und seinen Kollegen in den Rücken fällt, wird schonungslos bei der Behörde angezeigt und sein Name der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.

Nacht- und Sonntagsarbeit sind in den Bäckereien verboten. Vor 6 Uhr früh darf in keinem Betriebe angefangen werden. Wer früher anfängt und somit früher Backware zum Verkauf bringt, treibt in unkollegialer Weise Kundenzwang. Wer von solchem Treiben Kenntnis hat, wird ersucht, seine Wahrnehmungen dem Innungsvorstand zur Kenntnis zu bringen. Unbedingte Voraussetzung ist dabei, daß die Angaben der Wahrheit entsprechen und auch bezeugt werden können. Anonyme Anzeigen verfallen dem Papiertorb. Wer sich getraut, mit seinem Namen herauszutreten, um im Interesse des Ansehens des Gewerbes Schäden festzustellen, macht sich gleichermaßen mitschuldig. Dagegen können alle Kollegen, die hier mitarbeiten, versichert sein, daß ihr Name dritten Personen gegenüber nicht genannt wird. Kollegen! Gabt Standesbewußtsein! Nebt Kollegialität! Der Innungsvorstand.

Die Bäckereinnungen haben allgemein die großen Gefahren der Wiedereinführung der Nacht- und Sonntagsarbeit erkannt. Sie gehen in recht vielen Orten scharf gegen die Gesetzesverächter vor. Um so größer würde aber der Erfolg sein, wenn auch die Brotfabrikanten und Genossenschaften sich an dieser Aktion beteiligen würden. Dann müßte halb der Erfolg gesichert sein, daß die gesetzlichen Bestimmungen in allen Betrieben durchgeführt und eingehalten werden.

Aus gewerkschaftlichen Organisationen.

Die Innung verwaltet die Kasse der Gelben. Diese Tatsache festzustellen hatten wir Gelegenheit anlässlich der Lohnverhandlungen in Pirna. Vor Jahresfrist wurde in Pirna durch einige Bäckermeisteröhne eine Ortsgruppe des Bundes gegründet. Als Kassierer dieser Gruppe fungierte der Bäckermeister John Weinert. Ein Teil der Gehilfen zahlte, der Not gehorchend, eine Zeit Beiträge, und eines Tages fand die Gruppe des Bundes ihr Ende, weil angeblich der Kassierer mit der Kasse durchgegangen sei. Trotzdem erklärten die Innungen bei Abschluß des Tarifvertrages, daß sie auch mit dem Bunde einen Vertrag abschließen wolle. Vor die Frage gestellt, ob die Ortsgruppe noch bestehe, erfolgte die Antwort von einem Vertreter der Innungen mit folgenden Worten:

Die Behauptung, daß der Kassierer Weinert mit der Kasse durchgegangen sei, ist nicht wahr. Die Innung verwaltet die Kasse der Ortsgruppe Pirna.

Und mit dieser Organisation beabsichtigt die Innung, einen Tarif abzuschließen! Kommentar überflüssig.

Internationales.

Die neuen Tariflöhne der Wiener Bäcker. Durch die neuen Vereinbarungen betragen die Löhne in den Wiener Bäckereien vom 29. August an: In Betrieben bis zu 3 Gehilfen: 1. Gehilfenkategorie in Handbetrieben 3582 Kr., in maschinellen Betrieben 3597 Kr., 2. Gehilfenkategorie 3544 beziehungsweise 3559 Kr., in Betrieben mit 4 und mehr Gehilfen: in Handbetrieben 3597, 3579 und 3559 Kr., in maschinellen Betrieben 3627, 3601 und 3567 Kr. pro Woche. Für Ueberarbeit wird ein Extraschuss von 50 % Anschlag gezahlt.

Arbeitsannahme im Ausland. Es gehen uns wiederholt von den ausländischen Bruderorganisationen Beschwerden ein, daß vielfach deutsche Kollegen zu Bedingungen in Arbeit treten, die weit unter den landesüblichen tariflich vereinbarten sind. Die Folge davon ist eine wesentliche Schädigung der einheimischen Arbeiter. Die Organisationen beschlossen, solche zugereisten deutschen Kollegen, die trotz aller Warnungen unter den tariflichen Abmachungen in Arbeit treten und somit zum Lohnrücker werden, als Mitglieder in ihren Gewerkschaften nicht mehr anerkennen zu wollen. Um unsere Kollegen vor großen Schäden zu bewahren, liegt es in ihrem eigenen Interesse, sich vorher beim Verbandsvorstand genau über die Verhältnisse des Landes, wo sie hinreisen wollen, zu erkundigen.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Herrmann Joseph, der Redakteur des „Befreiungsarbeiters“, ist am 24. September nach mehr denn einjährigem Leiden in Leipzig gestorben und dort am 28. September auf dem Anstaltsfriedhof bestattet worden. Obwohl der Verstorbene nur ein Alter von 46 Jahren erreichte, hat er doch eine umfangreiche Tätigkeit im Dienste der Arbeiterbewegung geleistet. Schon in jungen Jahren widmete er sich in seiner Vaterstadt Erfurt der Agitation für die gewerkschaftliche und politische Bewegung und spezial dem Schneiderverband, seiner Berufsorganisation. Von 1904 bis 1907 war Joseph Leiter der Filiale Dresden, von 1907 bis 1912 Gewerkschaftsleiter in Frankfurt und von 1912 an Redakteur der „Fachzeitung für Schneider“, bis eine heimtückische Krankheit ihn an weiterer Tätigkeit hinderte. Seinen Mitarbeitern und Berufscollegen wird das Andenken des Verstorbenen stets unvergesslich bleiben.

Der erste Kongress der Gewerkschaften Deutschlands wird in der Zeit vom 19. bis zum 24. Juni 1922 stattfinden. Der Tagungsort ist noch nicht bestimmt.

Nr. 16 der „Betriebsrätszeitung“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigt sich weiter mit planwirtschaftlichen Untersuchungen. Die ständige Erfassung der Ertragskette aus den Sachwerten in einer Planwirtschaft wird aufgezeigt, die gemeinschaftliche Regelung des

Wohnungswesens dargelegt. Ganz besondere Beachtung wird der Aufsatz „Die Landwirtschaft in der Planwirtschaft“ finden, da eine solche Untersuchung bislang fehlte. Ausführungen des Generaldirektors Dr. Quisberg und des Baurats Dr. Köster zeigen, wie hervorragende Wirtschaftsführer zu den Forderungen der Arbeiterschaft stehen. Die Entwicklung und die heutige Organisation der Rindindustrie schildert ein sehr interessanter Beitrag; „Neues aus den Betriebswissenschaften“ behandelt Montage und Revision. Unter „Gesetz und Recht“ erscheinen wieder eine große Zahl ausgewählter Schiedssprüche, die für jeden Betriebsrat von Wert sind. Zahlreiche andere Aufsätze vervollständigen den Inhalt dieses an Lehrmaterial so reichen Heftes. Die beigegebene Karte zeigt diesmal Südbahnen und vervollständigt die Sammlung. Die „Betriebsrätszeitung“ kann jedermann bei der Post, vierteljährlich 8 M., bestellen. Durch die Organisation ist sie erheblich billiger für die Gewerkschaftsmitglieder erhältlich.

Allgemeine Rundschau.

Millionenunterschlagungen des Berliner Landwerkesammerpräsidenten Rahardt. Der als Scharfmacher aus früheren Kämpfen der Gewerkschaften „rühmlich“ bekannte Präsident Rahardt von der Berliner Handwerkerkammer ist als Ergauner entlarvt worden. Berliner Blätter melden, daß er am Donnerstag im Untersuchungsgefängnis Möabit eingeliefert wurde. Wie bis jetzt feststeht, betreffen die Unterschleife, die er gemeinsam mit seinem Sohne als Vorsitzenden der Hauptstelle für den Einkauf gemeinsamer Handwerkslieferungen begangen hat, 1.100.000 M. Laut „Sozialanzeiger“ wurde unter dem Verdacht der Mitbeteiligung ein Intendanturrat verhaftet. Ein zweiter höherer Verwaltungsbeamter entzog sich der Festnahme durch die Flucht.

**Spätestens am 8. Oktober
ist der 41. Wochenbeitrag für 1921
(9. bis 15. Oktober) fällig.**

Veranstaltungs-Anzeiger

- Sonntag, 9. Oktober:**
- Mosel i. W. Im Restaurant „Zeppelein“, Hundenburgstr. 8.
 - Milchleben. 2 Uhr bei Petzsch, Ueber den Steinen.
 - Bergedorf. 3 Uhr im „Deutschen Haus“, Sachsenstr. 4.
 - Bermburg. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Schulstr. 17.
 - Bremmerhagen-Gesfemünde. Vorm. 9 1/2 Uhr bei Rein, Bremmerhagen, Lange Straße 18.
 - Buer i. B. Vorm. 10 Uhr bei Krieger, Hochstraße.
 - Erfeld. Vorm. 11 Uhr im Restaurant „Zum Museum“, Karlsplatz, Alte Goertelstraße.
 - Erfurt. (Gehring.) 3 Uhr im Gasthof „Zum Gotthard“, Gotthardstr. 44.
 - Essen a. d. R. Vorm. 9 Uhr im Restaurant „Bellerhof“, Zornstraße, Sagen-Schwerte, Bei Bergbau, Hochstraße.
 - Leipzig. (Gehring.) 3 Uhr im Volkshaus, Reiter Straße 22.
 - Lübeck. Vorm. 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße.
 - Merhanen i. Rhld. 8 Uhr im Restaurant „Zum Adler“, Rolandstraße, Reddinghäuser. Vorm. 10 Uhr im „Märkischen Hof“, Am Markt.
 - Remscheid. Vorm. 9 Uhr im Volkshaus, Wismarstraße.
 - Rudolfsab. 3 Uhr in Volkshaus, Konsumverein.
 - Schwabm. 3 Uhr im „Brauereischlößchen“, Schloßstr. 2.
- Montag, 10. Oktober:**
- Munaberg i. Ergg. 7 1/2 Uhr im Restaurant „Zur Forst“, Am Stadteich.
- Dienstag, 11. Oktober:**
- Frankfurt a. M. (Konditoren.) 8 Uhr, Solkgaben 7.
 - Gröba-Riefa. (Bäcker.) 6 Uhr im Volkshaus, Riefa, Goethestr. 109.
 - Hamm i. W. 5 Uhr bei Witwe Braun, Gewerkschaftshaus.
 - Homburg v. d. S. 7 Uhr bei Kappus, „Zur neuen Brücke“.
 - Leipzig. (Konditoren.) 7 1/2 Uhr im „Reglerheim“, Nordstr. 17.
 - Münch. (Konditoren.) 7 1/2 Uhr im „Gutenberg“, Stadthausstraße.
 - Nürnberg-Fürth. (Konditoren.) Im „Freischütz“, Nürnberg, Marktstraße.
 - Sorau. 5 1/2 Uhr im Gasthof „Zu den drei Eichen“, Büchelstr. 4.
 - Tangermünde. 8 Uhr im „Kaiserhof“, Lange Straße 47.
- Mittwoch, 12. Oktober:**
- Hilgshaus. Im „Wiener Hof“, Karmelitergasse.
 - Darmst. Im Restaurant „Zum goldenen Schwan“.
 - Höttingen. 8 Uhr im Hotel „Monopol“, Warfstr. 1.
 - Hamburg-Altona. (Konditoren.) 7 Uhr bei Witter, Kohlhöfen 27.
 - Sannover. (Konditoren.) 8 Uhr im Hotel „Zur Post“, Rosenstraße.
 - Leipzig. (Bäcker.) 7 1/2 Uhr im Volkshaus, Reiter Straße 22.
 - Ludwigshafen a. Rh. 8 Uhr im „Reglerheim“.
 - Röhren i. Th. Im „Altengarten“.
 - Reichenbach i. W. 8 Uhr im Volkshaus.
 - Rosch i. W. 7 Uhr in der „Pithharmonie“, Doberaner Straße.
 - Stralsund. 5 Uhr im Gewerkschaftshaus, Sarnower Straße.
 - Waldenburg i. Schl. 7 Uhr in der „Berger zur Petmal“.
 - Wiesbaden. (Konditoren.) 8 Uhr, Restaurant „Bürgerhof“, Mithelsberg.
 - Worms. (Konditoren.) 7 1/2 Uhr, Restaurant „Nordens“, Siegfriedstraße.
- Donnerstag, 13. Oktober:**
- Chemnitz. 8 Uhr im Restaurant „Amengarten“, Ammenstraße.
 - Essen a. Rh. (Konditoren.) 7 1/2 Uhr im Restaurant „Graf Zeppelein“, Streitzgasse.
 - Dresden. (Konditoren.) 8 Uhr im „Überbräu“, Bahngasse 8, 1. St. Oberfeld-Darmen. (Konditoren.) 8 Uhr im Restaurant „Erholung“.
 - Greifswald. 8 Uhr im Restaurant „Zur Strahlhölle“, Range Reihe.
 - Halle a. S. (Konditoren.) 8 Uhr im Rest. „Nikolaus“, Nikolaistraße.
 - Karlshagen. Im Restaurant „Zum weißen Löwen“, Kaiserstr. 21.
 - Oberhausen i. Rhld. (Konditoren.) 8 Uhr, „Zum Adler“, Rolandstraße.
 - Essen-Röhren. Bei Frohn, Kaiserstr. 46.
 - Stettin. (Konditoren.) Bei Begom, Kartuschkstr. 11.
 - Striegen i. Schl. 8 Uhr im „Fürst Bismarck“.
 - Stuttgart. (Konditoren.) 8 Uhr im Restaurant Stecher, Sophienstr. 19.
 - Waltershausen. (Bäcker.) 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Pfingster Straße 18.
 - Worms. 7 1/2 Uhr im Restaurant „Zur Krone“, Friedrichstraße.
- Freitag, 14. Oktober:**
- Wolde. 7 1/2 Uhr im „Goldenen Stamm“, Bernhardtstraße.
 - Worms. (Bäcker.) 7 1/2 Uhr, „Stadt Magdeburg“, Fellerleber Straße 2.
 - Worms. 8 Uhr in der Zentralfabrik.
 - Worms. 8 Uhr im Restaurant „Loreley“, Wierandstraße.
 - Worms. 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.
 - Worms. 8 Uhr bei Gramberg, Am Markt.
 - Worms. 8 Uhr im Restaurant „Zur Krone“, Augustinerstr. 14.
- Sonntag, 15. Oktober:**
- Bayreuth. 8 Uhr bei Carl Zerns, Richard-Wagner-Straße.
 - Darmst. 7 Uhr im Restaurant Fengers, Kaiser-Friedrich-Straße.
- Sonntag, 16. Oktober:**
- Wiesbaden. Vorm. 10 Uhr im Metallarbeiterheim, Auguststr. 18.
 - Wiesbaden i. B. Vorm. 10 Uhr bei Wilhelm Ollert, Bräckerstraße.
 - Wiesbaden. 1 Uhr im Zentralfabrik.
 - Worms. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Gelberstr. 4.
 - Worms. (Gehring.) 3 Uhr, „Humboldt Bierhalle“, Gammernstraße.
 - Worms. „Zur guten Quelle“, Köstigsstraße.